

BRÜSSEL

20.10.2010

Der Traum von der eigenen Steuer

Die EU-Steuer soll kommen - trotz Kritik der Mitgliedsländer. Als mögliche Geldquellen werden unter anderem Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer, einer Flugverkehrsabgabe oder einer Energiesteuer diskutiert. Der Initiator, die Europäische Kommission, beruft sich bei dem Vorstoß auf ein historisches Dokument.

von Thomas Ludwig



Haushaltskommissar Janusz Lewandowski macht sich für eine EU-Steuer stark.
Quelle: ap

BRÜSSEL. Die Brüsseler Kommission hält trotz Bedenken in den Mitgliedstaaten an ihren Plänen für eine EU-Steuer fest. Im Budgetbericht, den das Kommissarskollegium gestern verabschiedete, macht sich Haushaltskommissar Janusz Lewandowski für neue Steuern und Abgaben stark, die direkt in die EU-Kassen fließen sollen.

Dabei beruft sich die Brüsseler Behörde auf die Römischen Verträge von 1957. Ihnen zufolge soll die Europäische Union mit ihren Einnahmen grundsätzlich auch die Ausgaben decken können. In der Realität liegen die Zuwendungen aus den Nationalstaaten derzeit bei 76 Prozent des EU-Budgets. Der Rest kommt vor allem aus Importzöllen (zwölf Prozent) und einem Anteil an der harmonisierten Mehrwertsteuer (elf

Prozent).

Als mögliche neue Quellen gelten Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer oder dem europäischen Emissionshandel sowie eine Flugverkehrsabgabe oder eine Energiesteuer. Das EU-Parlament steht dem teils aufgeschlossen gegenüber. In den Mitgliedstaaten aber regt sich Widerstand.

Mit dem Budgetbericht, den Lewandowski gestern auch dem EU-Parlament vorgestellt hat, eröffnet die Kommission die Debatte über den langfristigen Finanzrahmen der EU von 2014 bis 2020. Der aktuelle Rahmen mit einem Umfang von mehr als 860 Mrd. Euro läuft Ende 2013 aus. Über die künftigen Einnahmen und Ausgaben wird heftig gestritten werden. Denn die EU-Länder müssen ihre Defizite verringern - und wollen künftig weniger statt mehr an Brüssel zahlen. Genau darauf setzt die Kommission bei ihrem Vorstoß zu eigenen Einnahmequellen.

Zudem geht es um die Verteilung der Gelder. Die Kommission fordert eine "tabufreie Debatte" etwa über die Agrarausgaben und Vergünstigungen für Großbritannien ("Britten-Rabatt"). Alexander Alvaro, Vize-Vorsitzender des Haushaltsausschusses und haushaltspolitischer Sprecher der FDP, sagte gestern im Europaparlament, das Budget müsse einer modernen Politik, die Forschung und Innovation vorantreibe, Rechnung tragen.

